

# „Angst vor Steuerreform“

**Mittelstand-Plattform.** Breite Allianz für Senkung durch Sparen statt Umverteilung

VON DANIELA KITTNER

Kurzer Bericht aus der Gastronomie: Kleines Wirtshaus, „One Man Show“, Umsatz unter 100.000 € (im Jahr!).

Zwei Finanzpolizistinnen kontrollieren um 11.34 Uhr das Wirtshaus: Wechselgeld-Kontrolle, Bonierung der 3 Seidel Bier am Vormittag, alles OK. Fotografieren des Warenlagers und der Schrank-Niederschrift und Dokumentation des Wechselgeldes, wie viele Zehn-, Zwanzig- und Fünfzig-Cent-Stücke usw.

10 Seiten Protokoll, Dauer der Aktion: 2 Stunden.

Das soll Spaß machen? Mit Grinsen von einem Wirt, der im Winter geschlossen hat, weil nichts mehr geht!!!

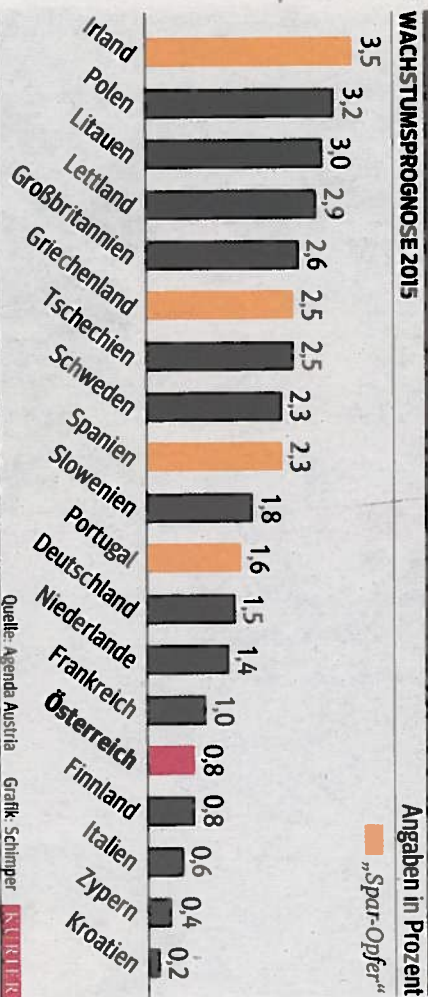
Es sind Mails wie diese, die Günter Stammvoll beinahe täglich erreichen, und die

## Sozialbetrug: Regierung will Scheinfirmen enttarnen

**Schlagkräftigere Behörden.** AK kritisiert mangelnde Umsetzung der Personalaufstockung bei Finanzpolizei

Betriebe, die ihren Mitarbeitern zu wenig Lohn zahlen oder ihnen andere zustehende Leistungen vorenthalten, müssen seit heuer mit höhe-

WACHSTUMSPROGNOSE 2015



den langjährigen ÖVP-Finanzpolitiker zu seiner neuesten Aktion motivieren. Er ist Sprecher der Plattform www.mittelstand.at von elf Kammern und Interessensverbänden, die in Sachen Steuerreform Druck auf die Regierung machen. Stammvoll: „Wir

stehen dazu, dass die Regierung die Steuerreform unter anderem durch Betrugsbekämpfung finanzieren will. Aber das Ärgernis ist, dass weltweit agierende Konzerne keine Steuern zahlen, und unsere kleinen Betriebe sekert werden. Die fühlen sich

– mit Verlaub – zu Recht verärgert.“ Hauptstütze der Plattform ist: „Steuern senken statt Steuern umverteilen“. Die Ideen zur „Gegenfinanzierung“ – von Vermögenssubstanzen bis Ausnahmen, streichen – hätten

bewirkt, dass „statt Vorfremde auf die Steuerreform Angst herrscht, dass man zum Schluss mehr zahlen muss als vorher“, kritisiert Stammvoll. Die elf Kammern und Verbände, die kommende Woche gemeinsam öffentlich auftreten werden, fordern daher: „Steuern runter und Sparen.“

**Schlechtes Vorbild.** Der Staat ist in Sachen Pensionsantritt kein gutes Vorbild. Im öffentlichen Dienst gingen im Jahr 2011 nur ein Prozent der Frauen und nur drei Prozent der Männer zum gesetzlichen Antrittsalter mit 65 Jahren in Pension. Oder anders formuliert: Öffentlich Bedienstete gehen, obwohl recht selten von Jobverlust bedroht, so früh wie möglich in Pension. Das kritisiert der Rechnungshof nach einer Prüfung dreier Ministerien: Inneres, Justiz und Soziales.

Bestätigt wird die Forderung nach einem Sparkurs vom Thinktank Agenda Austria. Die gestern aktualisierte Wachstumsprognose (Grafik) für die EU-Länder zeigt, dass die sogenannten „Sparopfer“ – Irland, Griechenland, Spanien und Portugal – weit aus bessere Wachstumsaussichten haben als Österreich, das mit 52,8 Prozent Staatsausgaben gemessen am BIP zu den ausgabenreichsten Ländern der EU zählt.

Ander Details: 56 Prozent aller männlichen und 55 Prozent aller weiblichen Beamten, die in Pension gingen, nutzten die Hacklerregelung (in der Privatwirtschaft: 27 bzw. 24 Prozent). Oder: Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit machten bei der Exekutive des Innenministeriums (Polizei) und der Justiz (im Strahlenschutz) rund ein Drittel aller Ruhestandsversetzungen aus. Das Durchschnittsalter bei der Polizei lag dabei zwischen 50,5 Jahren in Vorarlberg) und 55 Jahren in Kärnten. Die Ausgaben allein im Jahr 2012 für jene Beamten

RECHNUNGSHOF

**Nur 3 Prozent der Beamten gehen erst mit 65 in Pension**

